

Dienstag 28. April 2015

Nummer 668

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

Großbritannien und die EU: Bleiben oder gehen?

Autor : Anand Menon



In Großbritannien schlägt die Debatte über das Verhältnis zur Europäischen Union gerade besonders hohe Wellen. Einerseits dürfte die UK Independence Party (UKIP) ein gutes Resultat bei den kommenden Wahlen einfahren. Sie versammelt jene um sich herum, die für einen Austritt aus der EU sind. Andererseits waren die Briten als Ganzes der EU seit 1991 nicht mehr so zugetan wie jetzt. Einer Umfrage von Lord Ashcroft zufolge sind sogar 33% der UKIP-Wähler über ein mögliches Ausscheiden aus der Europäischen Union

besorgt. Angesichts dieser Flut an oft widersprüchlichen Information bietet Anand Menon eine Analyse an, die nicht aus den Augen verliert, dass größtenteils innerparteiliche Querelen die europäische Agenda in Großbritannien bestimmen.

Fortsetzung

Übersicht

Stiftung : Ungarn - Ukraine - Diplomatie - Europa - Deutsch-Französisch
Finanzkrise : Rat - Eurogruppe - Eurozone - Portugal **Europäischer Rat** : Migration
Kommission : Gazprom - GVO - Haushalt - Handel **Rat der Europäischen Union** : Zukunft/EU **Diplomatie** : Afrika **EZB** : Griechenland **Europäische Investitionsbank** : Projekte **Deutschland** : Wachstum **Finnland** : Diplomatie
Frankreich : Deutschunterricht **Griechenland** : Umfrage **Ungarn** : Atomenergie
Polen : Verteidigung **Tschechische Republik** : Polen **Armenien** : Genozid
Russland : Frankreich **Ukraine** : Frankreich - Verteidigung **Europarat** : Bericht -
Versammlung - EuGH **UNO** : Mittelmeer **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Beschäftigung -
Bildung **Berichte / Studien** : Soziales - Menschenrechte - Handel - Brexit?
Kultur : Preis - Ausstellung/ Mailand - Ausstellung/Ingolstadt - Ausstellung

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

25 Jahre nach der Vereinigung in Europa



Die Nationalversammlung hält am 28. April eine Konferenz zum Thema Ungarn, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung mit Europa ab. Die Konferenz findet auf Initiative des Informationszentrums József Antall und in Zusammenarbeit mit der ungarischen Botschaft in Frankreich, der französisch-ungarischen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung, dem Institut Jacques Delors und der Robert Schuman Stiftung statt. Sie bietet Gelegenheit die wichtigen diplomatischen Aktivitäten von József Antall - besonders gegenüber Frankreich - zu beleuchten und das demokratische Erbe des heutigen Ungarns zu analysieren. Es soll aber auch Bilanz über den Beitritt des osteuropäischen Landes zur Europäischen Union und den demokratischen Transformationsprozess gezogen werden... [Fortsetzung](#)

Bericht des Gesprächs mit Tetyana Ogarkova

Auch wenn am 27. April der 17. EU-Ukraine Gipfel stattgefunden hat, so veröffentlicht die Stiftung einen Bericht des Treffens mit Tetyana



Ogarkova vom 2. April. Er beschäftigt sich mit den Ereignissen in der Ukraine und der Frage, ob es sich dabei, um eine europäische Herausforderung oder einen lokalen Konflikt handelt... [Fortsetzung](#)

Konferenz zu den "Perspektiven der Europäischen Union und ihrer Außenpolitik" in Wien



Am 29. April wird in Wien eine Konferenz unter dem Titel "Perspektiven der Europäischen Union und ihrer Außenpolitik" stattfinden. Organisiert wird die Veranstaltung von der diplomatischen Akademie in Wien. Günther Kriechbaum, der Präsident des Europaausschusses des Bundestages, wird dort sprechen. Moderiert wird die Veranstaltung vom ehemaligen österreichischen Verteidigungsminister Werner Fasslabend... [Fortsetzung](#)

Tag der offenen Türen im Europäischen Parlament



Am 2. Mai 2015 findet der Tag der offenen Türen im europäischen Parlament in Straßburg statt. Die Veranstaltung, die jedes Jahr anlässlich der Europafeier organisiert wird, steht in diesem Jahr unter dem Motto "Europäisches Jahr für Entwicklung". Jedes Jahr erinnert das Europafest an die Erklärung, die Robert Schuman am 9. Mai 1950 aussprach und die das Gründungsdokument des europäischen Projekts darstellt. Das europäische Parlament wird seine Türen für 20000 Besucher öffnen. Diese können so die Abläufe der Institutionen kennenlernen, ebenso wie die Debatten der europäischen Abgeordneten, die darin stattfinden. Die Robert Schuman Stiftung wird an dieser Veranstaltung teilnehmen... [Fortsetzung](#)

Nominierungen für den deutsch-französischen Journalistenpreis



Die Nominierungen für den deutsch-französischen Journalistenpreis (PFJ) 2015 sind am 21. April bekannt gegeben worden. Der Preis ist Journalisten aus allen Kategorien (Video, Audio, Print, Multimedia und jungen Talenten) gewidmet, die einen außergewöhnlichen Beitrag über die deutsch-französischen Beziehungen produziert haben und damit auch zu einem besseren Verständnis zwischen Deutschland und Frankreich beigetragen haben. Die Preisträger werden am 1. Juli 2015 in den Räumen von Radio France in Paris bekanntgegeben. Der PFAJ wurde 1983 von dem Saarländischen Rundfunk ins Leben gerufen und wird von 9 deutschen und französischen Medienhäusern betreut. Die Robert Schuman Stiftung und die DGAP sind ebenfalls mitinvolviert... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Informelles Treffen des Rates für "Wirtschaft und Finanzen"



Die 28 europäischen Finanzminister sind am 24. und 25. April in Riga zusammengekommen, um die Wirtschaftssituation und die finanzielle Stabilität innerhalb der Europäischen Union zu besprechen. Sie unterstrichen, wie wichtig es sei Reformen auf den Weg zu bringen, die langfristig für Stabilität sorgen und ein investitionsfreundliches Klima schaffen. Erste Erfolge konnte man auch in Sachen des Fonds für strategische Investitionen verzeichnen. Des Weiteren diskutierten die Minister über die Entwicklung einer Kapitalmarktunion und benötigte Reformen, wie beispielsweise: Die Förderung von Investitionen, einen Reduzierung der Fragmentierung der Finanzmärkte, den Kampf gegen Steuerhinterziehung (EU-Aktionsplan gegen die Aushöhlung der Steuerbasis und die Gewinnverlagerung - BEPS) und die Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Investoren und Unternehmen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Informelles Treffen der Eurogruppe in Riga



Die 19 Finanzminister der Eurozone haben sich am 24. April in Riga getroffen. Den Äußerungen von Jeroen Dijsselbloem, dem Präsidenten der Eurogruppe, zufolge fand man keine Einigung mit Griechenland. Er appellierte vielmehr an das Land endlich eine "komplette und detaillierte" Reformliste vorzulegen, ohne die das Land nicht von europäischen Finanzmitteln profitieren könne. Aus Sicht von Dijsselbloem tragen die "griechischen Behörden die Hauptschuld" für die Verzögerung der Verhandlungen. Die vollständige Einrichtung der Bankenunion, die für den 1. Januar 2016 vorgesehen ist, wurde ebenso besprochen. Die Eurogruppe begrüßte außerdem Spaniens Fortschritte bei der

Haushaltskonsolidierung, obwohl Schulden und Arbeitslosigkeit in dem Land nach wie vor hoch sind. Des Weiteren zeigte man sich mit der Entwicklung in Zypern zufrieden, wo der freie Kapitalfluss nach den letzten Kapitalkontrollen vom 6. April wieder hergestellt wurde... [Fortsetzung](#)

Das Wachstum in der Eurozone ist zu Beginn des zweiten Quartals abgeflaut



Das Wachstum der privaten Wirtschaftstätigkeit in der Eurozone hat im April einen Dämpfer bekommen. Der zusammengesetzte PMI Index lag bei 53,5 Punkten. Im Vormonat waren es noch 54 Punkte, wie das Markit Institut am 23. April bekanntgab. "Nachdem das Wachstum in der Eurozone im März den höchsten Stand seit 11 Monaten erreichte, zeichnet sich für den April eine Abschwächung ab", so Markit. Zurückführen lässt sich dies auf einen Rückgang in Deutschland. Ebenso herrscht in Frankreich eine Quasi-Stagnation, die zum größten Teil auf schwierige Verhältnisse in der verarbeitenden Industrie zurückgeht... [Fortsetzung](#)

Portugal will alle Darlehen an den IWF zurückzahlen



Portugals Premierminister Pedro Passos Coelho hat am 24. April bekanntgegeben, dass sein Land wünscht alle vom IWF gewährten Darlehen zurückzuzahlen. In seinem Stabilitätsprogramm, das der Europäischen Kommission vorgelegt wurde, hatte die portugiesische Regierung bereits diese Absicht erklärt. Alles in allem hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) dem Land 2011 27 Milliarden Euro an Darlehen im Rahmen seines wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützungsprogramms zur Verfügung gestellt. Der Premierminister ist nun der Ansicht, dass es wegen der hohen Zinsen am besten wäre die Schulden schnellstmöglich zurück zu zahlen. Je mehr Zeit die Schuldentilgung in Anspruch nimmt, desto mehr muss das Land letzten Endes zahlen. Die Agentur für Haushalt und öffentliche Schulden hat deshalb zwischen dem 13. und dem 18. Mai bereits 6,6 Milliarden Euro zurückgezahlt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäischer Rat :

Schlussfolgerungen des außerordentlichen Treffens des Europäischen Rates



Die 28 Staats- und Regierungschefs haben auf einem Treffen des Europäischen Rates vom 23. April beschlossen, Europas Präsenz im Mittelmeer zu verstärken und die finanziellen Ressourcen der Operationen Triton und Poseidon um das dreifache aufzustocken. Sie einigten sich aber auch darauf härter gegen Schlepper vorzugehen und die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Migranten zu verstärken. Mehr Unterstützung ist auch für die Drittländer (Tunesien, Ägypten, Sudan, Mali, Niger) vorgesehen, damit diese ihre Grenzkontrolle verbessern können. Ebenso sollen Entwicklungsprogramme finanziell besser ausgestattet werden (in Nordafrika und am Horn von Afrika). Zusätzlich wird ein neues Rückführungsprogramm von Frontex aufgelegt, mit dem Migranten, deren Asylantrag abgelehnt wurde, schneller abgeschoben werden sollen. Bei diesem Thema bietet es sich an eine Studie der Stiftung erneut zu lesen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Beschwerde gegen Gazprom wegen Missbrauch der Marktmacht



Die Kommission hat am 22. April eine Beschwerdemitteilung an Gazprom veröffentlicht. Dem Unternehmen wird vorgeworfen seine dominante Marktmacht bei der Gasversorgung in Zentral- und Osteuropa zu missbrauchen. Einige Geschäftspraktiken des russischen Gasriesens widersprächen den europäischen Wettbewerbsregeln, wie zum Beispiel: Preisabsprachen; territoriale Beschränkungen für Großhändler; Maßnahmen, die den grenzübergreifenden Transport von Erdgas verhindern oder Gaslieferungen, die von Investitionen in ein von Gazprom durchgeführtes Pipelineprojekt abhängig gemacht werden. Acht EU-Mitgliedsstaaten sind davon betroffen: Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen und die Slowakei. Auf die Beschwerdemitteilung folgt eine finale Entscheidung der Kommission. Gazprom hat nun aber erst einmal 12 Wochen Zeit, um seine Verteidigung vorzubereiten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Über die Möglichkeit von Mitgliedsländern GVO auf ihrem Staatsgebiet zu untersagen

Die Kommission hat am 22. April die Ergebnisse ihrer Evaluierung des



Entscheidungsprozesses zur Genehmigung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Lebensmitteln und Tiernahrung veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass die öffentliche Meinung diese Maßnahmen befürwortet und dass Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben müssen die Verwendung von GMO auf ihrem Gebiet zu kontrollieren. Die Kommission präsentierte aber auch eine Modifizierung der bestehenden Gesetzgebung. Außerdem autorisierte sie am 24. April 10 Neuzulassungen für GMO zur Verwendung in Lebens- und Futtermitteln, 7 bereits geltenden Zulassungen wurden erneuert. Die Autorisierungen der Kommission wurden von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) nach einer wissenschaftlichen Überprüfung auf mögliche Auswirkungen genehmigt. Die neuen Genehmigungen werden der aktuellen GMO-Liste hinzugefügt. Derzeit sind 58 GMOs in der Europäischen Union erlaubt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Haushalt: 21,1 Milliarden an zusätzlichen Finanzmitteln



Die Europäische Union hat eine neue "Finanzquelle" gefunden. Ein Vertrag ermöglicht es 21,1 Milliarden € an Finanzmitteln, die nicht in Anspruch genommen wurden, nun zu benutzen, wie die Europäische Kommission am 21. April bekanntgab. Die Mitgliedsländer haben dem Vertrag bereits zugestimmt. Er muss nun auch noch durch das Europäische Parlament genehmigt werden. "Normalerweise ist es so, dass nicht benutzte Mittel am Ende einer Periode erlöschen", erklärte die Kommission. Der Vertrag erlaubt es nun aber die 21,1 Milliarden € in den drei nächsten Geschäftsjahren zu verwenden: 16,5 Milliarden 2015, 4,5 Milliarden 2016 und 100 Million 2017. Die Mittel müssen aber innerhalb derjenigen Programme verwendet werden, für die sie ursprünglich vorgesehen waren. Die Hauptprofiteure sind damit Italien (4,1 Milliarden), Spanien (3,4), Tschechien (3,2) und Frankreich (1,4). Griechenland kann auf 722 Millionen € in den drei nächsten Geschäftsjahren zugreifen, um Programme mitzufinanzieren... [Fortsetzung](#)

9. Runde der Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union



Rechtliche Fragen für Kooperation und Normen standen im Zentrum der neunten Verhandlungsrunde zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Die Unterhändler trafen sich am 24. April in New York. Man konnte Fortschritte vermelden, so dass ein hochrangiges Treffen für diesen Oktober anberaumt wurde, wie der Chef-Unterhändler der EU, Garcia Bercero, vermeldete. Die Amerikaner beschwerten sich über den Vorschlag der Kommission zu gentechnisch veränderten Organismen (GVO), der in ihren Augen ein Hemmnis für den transatlantischen Handel darstellt... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates für "Allgemeine Angelegenheiten"



Die 28 Minister für europäische Angelegenheiten haben sich am 21. April darauf geeinigt, die Vorauszahlungen im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen um fast 1 Milliarde Euro im Jahr 2015 aufzustocken. Dies soll den Mitgliedstaaten ermöglichen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unverzüglich auf den Weg zu bringen. Außerdem überarbeitete der Rat den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2014-2020, damit keine Mittel zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung mehr verfallen. Man gab des Weiteren bekannt, dass der Stabilisierungs- und Assoziierungsvertrag mit Bosnien-Herzegowina am 1. Juni in Kraft tritt. Von 1. Juli an wird zudem Jeppe Tranholm-Mikkelsen den Posten des Generalsekretärs des Rates bekleiden, wie man ebenso bekannt gab... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Treffen zwischen der europäischen Kommission und der Kommission der Afrikanischen Union



Die Europäische Kommission und die Kommission der afrikanischen Union haben sich am 22. April in Brüssel getroffen. Die Diskussionen drehten sich um Entwicklungsziele, Immigration, Frieden, Sicherheit und Demokratie. Auch der Klimawandel, der Beitrag von Frauen zu Wachstum und Beschäftigung, die Faktoren für ein möglichst nachhaltiges Wachstum, Lebensmittelsicherheit, eine nachhaltige Landwirtschaft, der gemeinsame Kampf gegen gewaltbereiten Extremismus in Somalia, der Sahelzone und Nigeria sowie ein friedlicher demokratischer Wandel durch Wahlen und Verfassung wurde besprochen... [Fortsetzung](#)

EZB :

Griechenland: die EZB hebt den Rahmen der Notfallkredite für Banken um 1,5 Milliarden an



Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 22. April erneut den Rahmen für Notfallkredite (ELA) an griechische Banken um 1,5 Milliarden Euro angehoben. Er beträgt nun 75,5 Milliarden Euro. Die EZB überprüft den zur Verfügung gestellten Betrag jede Woche neu. Seit Anfang Dezember hilft sie damit angeschlagenen Banken. Mit Blick auf den bis jetzt nicht benutzten Betrag stehen den Banken für die kommende Woche noch 2,9 Milliarden Euro zur Verfügung. In der vergangenen Woche waren es noch vier Milliarden. Die Inanspruchnahme der ELA ist somit angestiegen. Benoit Coeuré, Mitglied des EZB-Direktoriums gab der griechischen Zeitung Ekathimerini am 22. April ein Interview... [Fortsetzung](#)

Europäische Investitionsbank :

Vier Projekte für den Plan für strategische Investitionen ausgewählt



Die Europäische Investitionsbank hat am 22. April erste Projekte und Operation genehmigt, für die im Rahmen des "Europäischen Fonds für strategische Investitionen" (EFSI) eine EU-Haushaltsgarantie gestellt werden soll. Durch die EFSI-Initiative sollen Investitionen im Volumen von 315 Milliarden Euro ermöglicht werden. Die EIB-Gruppe wird dabei Projektrisiken übernehmen, um zusätzliche Investitionen des privaten und des öffentlichen Sektors zu mobilisieren. Vier Projekten wurde grünes Licht erteilt. Sie betreffen Investitionen in die Gesundheitsforschung in Spanien, den Ausbau eines wichtigen Flughafens in Kroatien, den Bau von 14 neuen Gesundheitszentren in Irland sowie Mittel für die industrielle Innovation in Italien. Der Präsident der Europäischen Investitionsbank erklärte, dass sich "diese Projekte positiv auf Innovation, die Gesundheitspflege, Transport und Industrie auswirken werden"... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Deutsche Wachstumsprognose nach oben korrigiert



Der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat am 22. April bekanntgegeben, dass die Wachstumsvorhersagen nach oben korrigiert werden. Das deutsche BIP-Wachstum dürfte demnach zwischen 2015 und 2016 aller Voraussicht nach bei 1,8% liegen. Gabriel erklärte, dass das anhaltende Wachstum auf die Vitalität des deutschen Arbeitsmarktes zurückzuführen sei, auf dem gerade die Löhne steigen und die Beschäftigungsquote weiter zunehmen dürfte. Dadurch erhöhe sich auch der Konsum der privaten Haushalte. Ebenso profitiere Deutschland von einer günstigen Lage auf dem Weltmarkt und einem steigendem Wachstum der Weltwirtschaft. Vor allem in der Eurozone sei die Lage besser als zuvor angenommen. Deutsche Exporte würden davon und vor allem von einem schwachen Euro profitieren... [Fortsetzung](#)

Finnland :

Finnland ratifiziert Assoziierungsvertrag mit der Ukraine, Moldawien und Georgien



Der finnische Präsident Sauli Niinistö hat am 24. April den Assoziierungsvertrag zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, Moldawien und Georgien ratifiziert. Der Vertrag erlaubt es die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und diesen Ländern zu stärken. Ziel ist es die Länder Schritt für Schritt in den Binnenmarkt zu integrieren, indem man eine umfassende Freihandelszone einrichtet. Finnland hatte die entsprechenden Verträge mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten bereits im Juni 2014 unterschrieben... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Deutschunterricht durch Schulreform des Collège bedroht



Die französische Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem zieht in ihrem Gesetzesvorschlag vom 8. April zur Schulreform des Collège die Möglichkeit in Erwägung europäische Klassen (Fokus auf einer weiteren Sprache ab der 4. Klasse) und bilinguale Klassen (Unterricht in einer 2. Sprache ab der 6. Klasse) abzuschaffen. Viele Stimmen in Frankreich und Deutschland erheben sich dagegen und weisen auf die Risiken für die deutsch-französischen Beziehungen hin. Europäische Klassen waren von Deutschland und Frankreich gemeinsam entworfen worden, um die Abneigung der Schüler beider Länder gegen die jeweilige Sprache des Nachbarlandes zu bekämpfen.

Eine Petition der Vereinigung der Deutschlehrer (Adeaf) wurde bereits an François Hollande geschickt, um den Protest gegen das Projekt zum Ausdruck zu bringen. Sie zählt 30000 Unterschriften. Jean-Marc Ayrault, ehemaliger Premierminister und Deutschlehrer, lehnt die Reform ebenso ab... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Mehrheit der Griechen wünscht Einigung mit Gläubigern



Mehr als sieben von zehn Griechen wünschen eine Einigung mit den Gläubigern ihres Landes, namentlich der Europäischen Union und dem IWF. Sie glauben, dass die Verzögerung der Verhandlungen das Risiko eines Austritts aus der Eurozone mit sich bringt, das geht aus einer Umfrage vom 26. April hervor. Auf die Frage "was wäre die beste Lösung für das Land" antworteten 71,9% mit "eine Einigung mit den Kreditgebern". 23,2% der Befragten sind für einen Bruch mit Europa und 4,9% verweigerten die Aussage. Die Umfrage erschien in der griechischen Sonntagszeitung To Vima. Die Griechen sind traditionell sehr stark für den Euro, obwohl sie die Austeritätspolitik ablehnen, das brachte auch die Umfrage erneut zum Vorschein: 72,9% sind für den Euro, nur 20,3% wünschen einen Rückkehr zur alten Drachme-Währung. 68,8% glauben, dass ihr Land es "riskiert aus dem Euro auszuschneiden". 24,1% sind dagegen der Meinung, dass es keine Gefahr gibt. Die Umfrage wurde am 21. und 22. April mit einer repräsentativen Stichprobe bei 1007 Personen von dem Meinungsforschungsunternehmen Kapa Research erhoben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ungarn :

Atomvertrag zwischen Ungarn und Russland



Die Europäische Union hat dem Projekt "Paks II", das den Bau von zwei neuen Atomreaktoren in einer Partnerschaft von Ungarn und Russland vorsieht, formal zugestimmt. Der Gesamtwert des Projekts beträgt 12,5 Milliarden €. Es werden zwei neue Reaktoren an das Kernkraftwerk von Paks angebaut. Mit den Arbeiten soll das russische Unternehmen Rosatom 2018 beginnen. 2023 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Im Januar 2014 war ein Vertrag zwischen Russland und Ungarn geschlossen worden, der vehement von der Atomagentur Euratom kritisiert worden war. Diese hatte noch im März 2015 gefordert, dass die Versorgung mit russischen Brennstäben auf 10 Jahre und nicht wie ursprünglich vorgesehen auf 20 Jahre beschränkt wird... [Fortsetzung](#)

Polen :

Polen will europäische Helikopter und amerikanische Raketen kaufen



Polen plant 50 europäische Airbus Helikopter in einem Gesamtwert von 3,3 Milliarden € zu bestellen. Die Verhandlungen sollen im Mai beginnen und nach Probeflügen durch die polnische Armee abgeschlossen werden. Das Land führt gleichzeitig Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über den Kauf des amerikanischen Raketenabwehrsystems Patriot im Wert von 7 Milliarden \$. Als Begründung für diesen Schritt führte der polnische Präsident Bronislaw Komorowski Spannungen mit Russland ins Feld und die Stationierung von Raketen in der russischen Enklave von Kaliningrad nahe der polnischen Grenze. Im Moment hat Polen nicht die Kapazitäten um militärisch auf diese Bedrohung zu reagieren. Geplant sind aber Ausgaben von 35 Milliarden \$ in den nächsten 8 Jahren, um das polnische Waffenarsenal aufzustocken (vor allem U-Boote und militärisches Personal)... [Fortsetzung](#)

Tschechische Republik :

Regierungskonsultationen zwischen Tschechien und Polen



Am 20. April haben in Warschau Regierungskonsultationen zwischen dem tschechischem Premierminister Bohuslav Sobotka und der polnischen Premierminister Ewa Kopacz stattgefunden. Sie wurden begleitet von den jeweiligen Ministern für Verteidigung, Transport und Umwelt. Im Mittelpunkt stand der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zwischen den beiden Ländern, die Kooperation in Umweltfragen, Energiesicherheit und die kommende Präsidentschaft der Visegrad Gruppe, die aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn besteht. Die Konsultationen wurde durch eine gemeinsame Erklärung über die bilateralen Beziehungen auf zahlreichen Gebieten und zwei Verträge abgerundet - einen über das Wassermanagement und einen anderen über den Aufbau eines vernetzten Systems für den Transport von Erdgas... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Armenien :

Gedenken an den armenischen Genozid



Am 24. April hat sich der Genozid an den Armeniern zum 100. Mal ge­jährt, der von den türkischstämmigen Ottomanen begangen wurde. Eine Zeremonie wurde in Erevan abgehalten, obwohl die Anerkennung des Völkermords in der Türkei nach wie vor umstritten ist. Die armenische Kirche sprach am 23. April die 1,5 Millionen Ermordeten heilig. Deutschland, vertreten durch Bundespräsident Gauck, kannte den Genozid zum ersten Mal an und unterstrich "die deutsche Verantwortung und mögliche Komplizenschaft" bei dem Verbrechen. Die Zeremonie am 24. April fand im Beisein des französischen Präsidenten François Hollande und des russischen Präsidenten Wladimir Putins statt. Beide Länder gehören zu den etwa 20 Staaten weltweit, die den Genozid anerkennen... [Fortsetzung](#)

Russland :

Gespräch zwischen François Hollande und Wladimir Putin



Der französische Präsident hat seinen russischen Amtskollegen bei den Gedenkveranstaltungen zum Völkermord an den Armeniern am 24. April zu einem Gespräch getroffen. François Hollande rief Wladimir Putin dazu auf den Friedenvertrag von Minsk weiter umzusetzen. Putin bedauerte, dass es mit den Beziehungen zwischen Russland und Frankreich beziehungsweise zwischen Russland und der EU "momentan leider nicht zum Besten" stehe. Hollande bemerkte, dass eine Verständigung zwischen Frankreich und Russland notwendig sei, um die zahlreichen anderen Konflikte zu lösen, etwa im Mittleren Osten, in Syrien oder im Irak. Außerdem konnten sich die beiden Präsidenten nicht in der Frage über eine mögliche Auslieferung der Kriegsschiffe vom Typ Mistral verständigen. Der Rest des Gesprächs fand hinter geschlossenen Türen statt... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Treffen zwischen dem ukrainischen und französischen Präsidenten



Der französische Präsident François Hollande hat am 22. April seinen ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko im Elysée-Palast in Paris empfangen. Hollande erklärte Der französische Präsident François Hollande hat am 22. April seinen ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko im Elysée-Palast in Paris empfangen. Hollande erklärte bei diesem Treffen, dass er Poroschenkos "Durchhaltewillen schätze" aber auch seine Kompromissfähigkeit in der Ukraine­krise. Beide Staatschefs sprachen über die Frage einer Möglichen Mistral-Lieferung nach Russland. Der französische Präsident bemerkte, die Auslieferung der Kriegsschiffe sei nicht "in dem jetzigen Kontext, wie wir ihn kennen" möglich. Hollande nahm außerdem Poroschenkos Einladung zu einem Staatsbesuch in die Ukraine an. Der ukrainische Präsident nutzte seinen Besuch in Frankreich des Weiteren für ein Treffen mit dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung Claude Bartolone. Mit ihm sprach er unter anderem über die Ratifizierung des Assoziierungsvertrages zwischen EU und Ukraine... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Amerikanische Militärberater beginnen mit dem Training von Ukrainern



An die 300 amerikanische Fallschirmjägern, die im Osten der Ukraine stationiert sind, haben am 20. April im Beisein des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko damit begonnen ukrainische Soldaten für den Kampf mit den prorussischen Separatisten zu trainieren. Die Manöver auf dem Trainingsgelände von Iavoriv nahe der polnischen Grenze finden in einem Moment statt, in dem die Ukraine einer "Aggression" durch einen "ausländischen Staat" ausgesetzt ist, sagte Poroschenko unter Anspielung auf Russland... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Europarat veröffentlicht seinen Geschäftsbericht für 2014



Der Europarat hat am 21. April seinen Geschäftsbericht für das Jahr 2014 veröffentlicht. In dieser Publikation wird ein Fazit aus der von den verschiedenen Organen und auf den unterschiedlichen Geschäftsfeldern geleisteten Arbeit des Europarates gezogen. Dabei werden Schwerpunkte und Projektrealisierungen vorgestellt. So wurde zum Beispiel im vergangenen Jahr eine Internetplattform ins Leben gerufen die Journalismus und die Sicherheit von Journalisten besser schützen soll. Ebenso widmete man sich dem Kampf gegen den Terrorismus unter Berücksichtigung der neuen Bedrohungslage (durch "ausländische Kämpfer"). Die Experten arbeiten außerdem an einem Zusatzprotokoll für die Konvention zur Vorbeugung vom

Terrorismus, das Rekrutierung, Ausbildung, Vorbereitung und Reisen für terroristische Zwecke unter Strafe stellen soll... [Fortsetzung](#)

Frühjahrssitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarates



Die Frühjahrssitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarates hat vom 20. bis zum 24. April in Straßburg stattgefunden. In der Eröffnungszeremonie warnte Anne Brasseur vor Fehlern im Umgang mit Einwanderern und dem Dublin System. Die universellen Menschenrechte müssten eingehalten werden, denn die Flüchtlinge hätten das Recht auf ein Leben in Würde. Brasseur kam auch auf die Krise in der Ukraine zu sprechen. Sie ermunterte alle Parteien zum Dialog trotz des fragilen Waffenstillstands. Im weiteren Verlauf der Sitzung diskutierte die parlamentarische Versammlung über Massenüberwachung, Drohnen, Sanktionen gegen Russland und die humanitären Folgen, die aus der Herrschaft des Islamischen Staates resultieren...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polizisten dürfen nach Auffassung des EuGH ihr Streikrecht nicht uneingeschränkt wahrnehmen



Staaten haben das Recht - im Namen der "öffentlichen Sicherheit" - ihren Polizeikräften das Streikrecht zu entsagen. Das urteilte der EuGH am 21. April, nachdem ein entsprechender Fall von der spanischen Polizeigewerkschaft vor Gericht gebracht wurde. Die Tatsache, dass "höhere Anforderungen" an Polizisten gestellt werden, "die ihren Ursprung in einem bewaffneten Mandat und der Notwendigkeit kontinuierlicher Verfügbarkeit haben, rechtfertigt die Einschränkung des Streikrechts zugunsten der öffentlichen Sicherheit, wenn die Verteidigung von Recht und Ordnung auf dem Spiel steht", das befanden die europäischen Richter. In diesem Punkt "unterscheidet" sich die Polizei auch von anderen Angestellten des öffentlichen Dienstes, was eine "Einschränkung ihrer Gewerkschaftstätigkeit" legitim erscheinen lässt. Der EuGH wurde von der Gewerkschaft ER.N.E angerufen, die hauptsächlich spanische Polizisten aus dem Baskenland vertritt... [Fortsetzung](#)

UNO :

Ban Ki-Moon und HCR befürworten gemeinsamen europäischen Aktionsplan für Einwanderungsproblem



Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon, die Hohe Vertreterin der EU Federica Mogherini und der italienische Premierminister Matteo Renzi haben sich am 27. April an Bord des Schiffes San Gusto an der sizilianischen Küste getroffen um über die Einwanderung im Mittelmeer und einen gemeinsamen europäischen Aktionsplan zu sprechen. Der UN-Flüchtlingskommissar bestärkte die Europäische Union bei dieser Herausforderung. Er begrüßte die letzte Woche getroffene Entscheidung die finanzielle Ausstattung maritimer Mission zu verdreifachen. Einzig eine kollektive europäische Antwort könne mit diesem transnationalen Problem fertig werden... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Rückgang der Arbeitslosigkeit in weiten Teilen der EU in 2014



Nach Angaben von Eurostat ist die Arbeitslosenquote 2014 verglichen mit dem Vorjahr in mehr als der Hälfte der Regionen der Europäischen Union mindestens um 0,5% zurückgegangen. Nichtsdestotrotz gibt es nach wie vor signifikante Unterschiede. In der Region um Prag in Tschechien und in Oberbayern war die Quote der Menschen ohne Arbeit am geringsten (2,5%). Umgekehrt ist sie in Andalusien (34,8%) und auf den Kanaren (32,4%) am höchsten. Am größten treten die Disparitäten zwischen den Ländern bei der Jugendarbeitslosigkeit zu Tage, die im Durchschnitt 21,9% in der EU beträgt. Bezogen auf die Regionen ist sie in Oberbayern (3,7%) und in Stuttgart (4,7%) am niedrigsten, während Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im griechischen Ipeiros (69,8%) und im spanischen Ceuta (67,5%) am höchsten ist... [Fortsetzung](#)

Teilzeitarbeit in der EU



Einer Studie von Eurostat zufolge, die am 27. April veröffentlicht wurde, waren im Jahr 2014 9,8 Millionen der 44,1 Millionen Teilzeit arbeitenden Menschen in der Europäischen Union unterbeschäftigt. Das heißt sie würden gerne Vollzeit arbeiten. 22,2% der Teilzeitarbeitenden oder 4,5% aller Beschäftigten waren 2014 davon betroffen. Den

größten Anteil der Unterbeschäftigten stellen Frauen (67%)... [Fortsetzung](#)

Ermutigende Ergebnisse für die EU im Bildungssektor



Die Europäische Union ist den in der Strategie 2020 festgelegten Zielen für den Bildungssektor im Jahr 2014 ein gutes Stück näher gekommen, das teilte Eurostat, das Statistische Amt der europäischen Union mit. Die Strategie Europa 2020 sieht vor, dass mindestens 40% der Personen zwischen 30 und 34 Jahren einen höheren Bildungsabschluss (Universität, Fachoberschule) haben. Die Zahl der Schulabbrecher in der Europäischen Union soll bis 2020 unter 10% sinken. Schon im Jahr 2014 hatten 37,9% der 30 bis 34-Jährigen einen höheren Bildungsabschluss, 2002 waren es nur 23,6% gewesen. Die Zahl der Schulabbrecher betrug 11,1%, 2002 lag sie noch bei 17%. Frauen schneiden insgesamt in beiden Indikatoren besser ab als Männer... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Bericht über die Modernisierung der Sozialschutzsysteme in Europa



Ein von der Europäischen Kommission am 24. April veröffentlichter Bericht erörtert die unternommen Reformen der Sozialschutzsysteme in den Mitgliedsstaaten. Das Gesetzespaket "soziale Investitionen" wurde 2013 verabschiedet und fordert die Mitgliedsstaaten dazu auf, ihre Sozialschutzsysteme zu modernisieren, um so die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effizient zu nutzen. Dem Bericht zufolge haben die Mitgliedsländer ihre Unterstützung für Kinder und Menschen mit Behinderung intensiviert. Auch die Bedeutung von Unterstützungsmaßnahmen für Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, wird immer mehr anerkannt. Die Anstrengungen müssten aber noch verstärkt werden und "die Kommission muss Reformen in den Mitgliedsländern weiter unterstützen", sagte die für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zuständige Kommissarin Marianne Thyssen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates



Nils Muižnieks, der Menschenrechtskommissar des Europarates, hat am 23. April 2014 seinen Jahresbericht für 2014 vorgestellt. Er rügt darin die Situation der Migranten im Mittelmeer, die versuchten nach Europa zu gelangen, und die humanitäre Situation in der Ukraine. Auch in Aserbaidschan hätte sich die Lage der Menschenrechte verschlechtert, Menschenrechtsanwälte würden dort verfolgt und eingesperrt werden, so Muižnieks. Außerdem erklärte er, dass in zahlreichen Mitgliedsländern des Europarates Journalisten und NGO-Aktivisten das Ziel von Angriffen und Einschüchterungen seien... [Fortsetzung](#)

Bericht über die Vorteile von TTIP für KMU



Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) birgt laut einem am 20. April in Brüssel veröffentlichten Bericht ein erhebliches Potenzial für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). In einer Umfrage wurden KMU über die Herausforderungen befragt, mit denen sie bei Exporten in die Vereinigten Staaten konfrontiert sind. Der Bericht bilanziert, dass 28% der Ausfuhren in die USA auf KMU zurückgehen. KMU sind dabei in verschiedenen Wirtschaftssektoren tätig: Der Lebensmittelindustrie, Landwirtschaft, Kleidungs- und Textilbranche, Lederindustrie oder in der Chemiebranche. TTIP begünstigt diese Exporte, indem es Regulierungs- und Besteuerungsprobleme löst, mit denen KMU derzeit zu kämpfen haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ein "Brexit" würde London und die anderen Europäer teuer zu stehen bekommen



Ein Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union würde für das Land aber auch für seine Partnerländer teuer werden. Irland, Luxemburg und Belgien dürften mehr verlieren als andere EU-Mitgliedsländer, zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die am 27. April veröffentlicht wurde. Großbritannien würde demnach den größten Preis zahlen. Bis 2030 könnte sich sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) im schlechtesten aller Szenarien um 14% verringern. Die Einsparungen die durch die Beitragszahlungen an die EU wegfallen würden in keinem Fall den Gewinnausfall aufwiegen. Eine Studie des Think Tank Open Europe zeigt derweil, dass ein Brexit ernsthafte Konsequenzen für Irland hätte. Das dortige BIP könnte bis zum Jahr 2030 um 1,1% im bestmöglichen Szenario und um 3,1% im schlechtesten Szenario sinken... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Dresden und Vara werden mit dem Europapreis 2015 ausgezeichnet



Jedes Jahr wird der Europapreis von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (APCE) an diejenige Staat vergeben, die sich am stärksten für europäische Ideal einsetzt. Dieses Jahr geht der Preis an Dresden, das mit 10 europäischen Partnerstädten verbunden ist und sich Verdienste im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erworben hat. Auch die Stadt Vara (Schweden), die 6 europäische Partnerstädte hat und die einen Austausch über Handel, Umwelt, Kultur, Sozialversicherung organisiert, wird ausgezeichnet. Schüleraustausche und europäische sowie internationale Zusammenarbeit sind die Hauptträger des Europapreises von 2015... [Fortsetzung](#)

Ausstellung Mailand 2015: Den Planeten ernähren, Energie für das Leben



Die Weltausstellung von Mailand beginnt am 1. Mai und dauert bis zum 31. Oktober 2015 an. Mehr als 130 Länder nehmen daran teil. Die Ausstellung möchte zahlreiche Akteure dazu bewegen, an einem ganz zentralen Thema mitzuwirken: "Den Planeten ernähren, Energie für das Leben". Die Weltausstellung nähert sich diesem Themenkomplex mit einem ganz neuen Konzept an: thematisch, nachhaltig, technologisch und ganz auf dem Besucher ausgerichtet. Sie wird am 30. April mit einem Konzert von Andrea Bocelli, dem Botschafter der Ausstellung, stattfinden... [Fortsetzung](#)

Ausstellung über Napoleon I. im Neuen Schloss von Ingolstadt



Das Neue Schloss von Ingolstadt zeigt vom 30. April an eine Ausstellung über Napoleon I. (1769-1821). Unter dem Titel "Napoleon und Bayern" fügt sie sich in das Gedenken an die Schlacht von Waterloo vor 200 Jahren ein. Napoleons Dreispitz - Zeichen der Epoche und Hauptausstellungsstück - wird zusammen mit 350 Kleidungsstücken, Schmuckstücken und anderen Objekten aus der napoleonischen Kaiserzeit ausgestellt. Bayern - die Region, der auch Napoleon I. eng verbunden war - widmet dem französischen Kaiser diese Ausstellung noch bis zum 31. Oktober 2015... [Fortsetzung](#)

Ausstellung in Paris "Armenien 1915: Hundertjähriger Jahrestag des Völkermords"



Das Hôtel de Ville von Paris zeigt vom 29. April bis zum 4. Juli 2015 eine Ausstellung zum Thema "Armenien 1915: Hundertjähriger Jahrestag des Völkermords". Sie ist das Ergebnis einer außerordentlichen Leihgabe von 350 Dokumentarfotos und 150 Ausstellungsstücken, die von dem Museumsinstitut des armenischen Genozids und der Bibliothek Nubar in Paris gemacht wurden... [Fortsetzung](#)

Agenda :



27. April
Kiew
EU-Ukraine Gipfel



27. bis 30. April
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



2. Mai
Straßburg
Tag der offenen Tür des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Marion Attia, Leslie Biaggi, Romain Denninger,
Flora Dumont, Noémie Rossi, Francesca Tortorella, Matthias Touillon

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}